

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 745 im Vereinsregister Aue, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 2/2009

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Lutherstraße 63, 07743 Jena, Tel. 0371-832 1272, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de

Jena, 11.11.2009

Spendenkonto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 100 € (!) zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder



Wieder einmal ist das Jahr fast um, und wieder möchte ich allen Bürgerinitiativen und Einzelmitgliedern danken, die im vergangenen Jahr mit ihrer finanziellen oder moralischen Hilfe die Arbeit unseres Vereins ermöglicht haben.

Die, die noch nicht den Mitgliedsbeitrag gezahlt haben, möchte ich erinnern

und um ihre Unterstützung bitten. Bitte denken Sie daran, das bis Ende November zu tun. Wir sind dringend auf Ihr Mittragen angewiesen, um unsere Sachkosten bezahlen zu können – für die vielen ehrenamtlichen Stunden, die der Vorstand leistet, nehmen wir eh nichts.

Ab diesem Jahr werde ich den Steinbeisser aus Kostengründen per Post nur noch an Mitglieder verschicken, die regelmäßig Beitrag bezahlen. Leider ist es uns nicht mehr möglich, den bisher geleisteten Service eines kostenlosen Versandes an fast 100 Kontaktpersonen per Post weiter zu finanzieren und vor allem das aufwändige Drucken und Verschicken zu leisten, da wir keinen FÖJ-ler mehr zur Verfügung haben. Sollten sie also an einem Versand per Post interessiert sein, nehmen sie mit uns Kontakt auf und überweisen sie uns ihren Mitgliedsbeitrag. Selbstverständlich freuen wir uns auch über jede andere Bürgerinitiative, die unsere Arbeit unterstützt oder Beiträge schickt, sie bekommen mit diesem Steinbeißer wieder die gesammelten Neuigkeiten des vergangenen halben Jahres per Mail.

In diesem Jahr gab es vor allem im Zwickauer Raum Bewegung, Bürger-Bewegung, und wir durften unsere Erfahrungen bei einigen Bürgerversammlungen an „junge“ Bürgerinitiativen in Sachsen und Thüringen weitergeben. Außerdem berichte ich von Plänen, den Kupferabbau in der Lausitz anzukurbeln und gebe ihnen einen interessanten Artikel aus dem Internet weiter, der versucht, sich der Rohstoffgier historisch zu nähern.

Mit herzlichen Grüßen für eine gesegnete Weihnachtszeit
Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. Nach der Kohle kommt das Kupfer S.2
2. Wahlnachlese S.3
3. Vom Raffan und Rauben S.3
4. Biosphärenreservat Südharz: Entwicklung verschlafen S.6
5. Königstein: Gebirge bremst Bergbausanierer S.7
6. Kiesbedarf und -preise in Sachsen S.7
7. Tonabbau Colm: Ich bin keine Rohstoff-Heuschrecke S.9
8. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme in Sachsen S.10

Termine :

1. Montag, den 23. November

2009, 19.00 Uhr: Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt, Gaststätte "Frohngut", Chemnitzer Straße 54

1. Nach der Kohle kommt das Kupfer

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2272885>

Sächsische Zeitung - 26.09.2009

Ab sofort wird in der Lausitz nach Kupfer gebohrt

Die Bürger hoffen durch das Kupfer auf viele Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Von Tilo Berger

Klaus John ist wieder in seinen feinen Anzug geschlüpft. Wie schon im Dezember '08, als die KSL Kupferschiefer Lausitz GmbH ihren Firmensitz in Spremberg einweihte. Nun wollte er auch zuschauen, wie der erste Bohrer die Erde über dem Flöz ankrazt, in dem ein Metall für praktisch alle elektrischen Geräte schlummert: Kupfer.

Mehrere Hundert Lausitzer waren dabei, als sich am Freitag kurz nach 12Uhr der 16 Meter lange Bohrer das erste Mal senkte - nur ein paar Hundert Meter von der Stelle entfernt, wo zu DDR-Zeiten schon einmal Erkundungsarbeiten begonnen hatten. Klaus John arbeitete damals als Füller und Hauer im Kupferschacht bei Sangerhausen, als ihn und einige andere Bergleute aus dem Mansfelder Land ein besonderer Auftrag ereilte. Sie sollten in der Lausitz die Kollegen anlernen, die künftig das Kupfer im Raum Spremberg fördern würden. Dann kam der 14. August 1980. Da wurde ein Brief des zuständigen Ministers verlesen: "Die Aufbauleitung Kupfererzschachanlage Spremberg ist aufzulösen, das Personal im Territorium einzusetzen bzw. nach Eisleben zurückzuführen." Der Weltmarktpreis für Kupfer war so weit gesunken, dass sich ein Abbau nicht mehr lohnte.

Klaus John blieb damals in der Lausitz. Und hofft nun wieder, hier doch noch ins Kupferbergwerk einfahren zu können. Nicht mehr als Arbeiter, sondern als Besucher. Frühestens 2015 könnte der Schacht bis in rund 1300 Meter Tiefe fertig sein. John wäre dann 77 Jahre alt.

Fünf Bohrungen bis 2010

Vorausgesetzt, der Kupferbergbau beginnt überhaupt. Doch davon gehen derzeit alle Verantwortlichen felsenfest aus. Endgültige Gewissheit sollen die Erkundungsbohrungen bringen, die am Freitag begannen und von denen jede etwa zwei Millionen Euro kostet. Ein paar Kilometer östlich der ersten Bohrung im Industriegebiet Spremberg-Ost findet die zweite statt, die dritte bis Weihnachten bei Schleife westlich von Weißwasser. Anfang 2010 folgen zwei weitere Bohrungen, kündigte KSL-Geschäftsführer Volker Spieth am Freitag an.

Etwa drei Monate dauert jede Bohrung, die bis zu 1300 Meter in den Untergrund eindringt. Wie eine riesige Nadel sticht der Bohrer in die Tiefe und för-

dert am Ende eine neun Meter lange und zehn Zentimeter starke Säule aus Rohstoffen und Gestein empor. Metallurgen in Kanada und Großbritannien nehmen dann diesen Bohrkern genauestens unter die Lupe.

Im Raum Spremberg-Schleife vermuten die Fachleute etwa 130 Millionen Tonnen Kupferschiefer. Daraus lassen sich rund 1,5 Millionen Tonnen reines Kupfer gewinnen. Weitere 50 Millionen Tonnen Kupferschiefer sollen unter dem Gebiet um Schleife ruhen.

Eine zweite große Lagerstätte befindet sich bei Weißwasser, hierfür erhielt das polnische Unternehmen KGHM Cuprum aus Breslau (Wroclaw) die Erkundungsrechte.

Für ihren Teil des Reviers beauftragte die KSL GmbH die Spezialfirmen Angers' Söhne aus Hessisch Lichtenau und E+M aus Hof mit den Bohrungen. Die Hessen und Bayern haben ihre 15 bis 20 Fachkräfte mitgebracht. Ihre Arbeit fließt in eine Machbarkeitsstudie über den Abbau des Kupfererzes ein. Verspricht die Studie Erfolg, will KSL zunächst einen Probeschacht vorantreiben - laut Geschäftsführer Spieth "noch vor 2015".

700 Arbeiter unter Tage

Es folgt das eigentliche Bergwerk mit dem Förderturm etwa einen Kilometer östlich von Spremberg im Wald. Wo am Freitag die Bohrungen begannen, sollen die anderen Bergwerksanlagen entstehen. 2020 würde das Bergwerk voll arbeiten. "Dann möchten wir das erste Kupfer verkaufen", erklärte Spieth. Nach seinen Schätzungen könnten unter Tage dann etwa 700 Menschen arbeiten und bis zu fünfmal so viele "oben" als Dienstleister, beim Anlagenbau, in der Verwaltung und weiteren Bereichen - insgesamt also bis 3500 Leute.

Die Erwartungen in der Region sind riesig, gab Schleifes Bürgermeister Reinhard Bork zu bedenken: "Die Menschen hoffen auf viele Arbeits- und Ausbildungsplätze."

Anm. d. Red: Ob die große Hoffnung sich erfüllt? Mich beschleicht bei solchen Plänen das Gefühl, dass die verständliche Euphorie völlig ausblendet, was der ökologische Fußabdruck dieser riesigen Massen-Bewegung sein wird: Abraumhalden kann man nicht nur in Aue oder Mansfeld sehen. Solange Dollarzeichen das Motiv des Handelns sind, werden die Interessen der Anwohner stets vergessen....

2. Wahlnachlese

Von Peter Hettlichs Mitarbeiter Rolf Brüning erhielt ich diese Wahlprüfsteine. Ich weiß nicht, ob es jemanden gab, der sie verwendet hat, aber zur Dokumentation will ich sie ihnen einfach mit-schicken, vielleicht helfen sie dabei, sich auf wesentliche Forderungen zu konzentrieren, vielleicht kann sie auch jemand zur nächsten Wahl benutzen.

Was hat Ihre Partei in der letzten Legislatur unternommen, um die schädlichen Wirkungen des Bundesberggesetzes einzudämmen und / oder deren Wirkung zu minimieren?

Hat Ihre Partei Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um die schädlichen Wirkungen des Bundesberggesetzes in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt zu machen und wenn ja wo, wann und wie?

Bergrecht ist Umweltrecht und muss deshalb in ein Umweltgesetzbuch. Wie steht ihre Partei zu dieser Forderung und wird sie sich in der nächsten Legislatur dafür einsetzen?

Bürgerinitiativen, die sich gegen großflächigen Gesteinsabbau wenden, fordern daher:

Überschaubare und nachvollziehbare Planungsschritte. Die Anliegen der Betroffenen müssen maßgebliches Gewicht bei Entscheidungen bekommen.

Verbandsklagerecht gegen Abbauvorhaben auch außerhalb von Schutzgebieten.

Kein Bergbau unter bewohntem Gebiet - und erheblich vergrößerte Sicherheitszonen.

Verursacherprinzip und Beweislastumkehr. Bergbaubetriebe, die von dem Verkauf des Rohstoffes profitieren, haben für die "Ewigkeitskosten" zu zahlen. Der Bergbaubetrieb muss beweisen, dass er nicht Verursacher einstürzender oder abrutschender Häuser ist.

Demokratiedefizite. - z.B. "Das BBergG stützt in erheblichem Maße die Interessen der Bergbauunternehmen, wohingegen die Interessen von Anwohnern und Umwelt fast gar nicht vorkommen. Darin sehen wir erhebliche Demokratiedefizite In welcher Form wird Ihre Partei das in der nächsten Legislatur ändern?

Kurzfristig: Novellierung bzw. Streichung der "gebundenen Entscheidung" - zB. "Befürwortet Ihre Partei die Streichung der gebundenen Entscheidung im Bundesberggesetz?"

3. Vom Raffen und Rauben

Die Geschichte der Ressourcennutzung

Von Frank Uekötter

Quelle: http://www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/poe_leseproben/poe115_116_Uekoetter.pdf

politische ökologie 115-116 - 2009 * Ressourcen

Die Kulturgeschichte der Menschheit ist unweigerlich mit Stoffen wie Salz, Öl oder Aluminium verknüpft. Seit jeher überzieht die Ressourcennutzung ein langer, dunkler Schatten: die Rücksichts- und Gedankenlosigkeit der Menschen. Eine Geschichte über Krieg, Macht und das Streben nach Autarkie.

Wenn sich der gemeine Historiker ganz allgemein der Geschichte der Ressourcennutzung widmet, ist er versucht, sich bequem zurückzulehnen und einen durchaus nervigen Satz zu zitieren: Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Seit ewigen Zeiten hat der Mensch erneuerbare und nicht erneuerbare Rohstoffe und Ressourcen ausgebeutet, transportiert, verkauft und verbraucht. Deshalb fällt es leicht, historische Parallelen zu jenen Themen zu finden, die heute Schlagzeilen machen. Verschmutzung durch fossile Brennstoffe? Schon das mittelalterliche London atmete schwer, wenn sich die Abgase der Kohle mit dem feuchtkalten Wetter zum berüchtigten "Smog" vermengten. Rohstoffbesitz gleich Reichtum? Vormoderne Großstädte wie Lüneburg verdankten ihren Wohlstand dem Salz, das übrigens auch in der Frühgeschichte einer etruskischen Kleinstadt namens Rom eine Schlüsselrolle spielte. Krieg um Ressourcen? In der Geschichte der kolonialen Eroberungen war das eigentlich eher der Normalfall. Und woher hat das Bronzezeitalter wohl seinen Namen?

Schön anzuschauen war all das in den seltensten Fällen. Man ist geradezu versucht, dem Anti-Golfkrieg-Slogan "Kein Blut für Öl" eine bittere historische Antwort entgegenzuhalten: Ach herrje, wenn es sich mit dem Blut doch immerhin in gewissen Grenzen hielte. Die Jagd der Spanier nach Gold und Silber in der neuen Welt resultierte in nichts Geringerem als einem Genozid. Ähnlich sah es beim Kautschuk in der belgischen Kolonie Kongo aus, nur gab es dort einen dichten Dschungel, der die Gewaltherrschaft des weißen Mannes ein wenig bemäntelte. Manchmal reichte schon die bloße Hoffnung auf Rohstoffe, um Konflikte zu entzünden: Im Chacokrieg zwischen Bolivien und Paraguay starben in den 1930er-Jahren etwa 100.000 Menschen im Kampf um das trostlose Gebiet Gran Chaco, unter dem nach ersten Probebohrungen fälschlicherweise große Ölreserven vermutet wurden. Wo es um Ressourcen geht, sind Gewalt und Elend meist nicht weit - aber zugleich verfällt die Menschheit immer wieder in Gedankenlosigkeit, wo Ressourcen prob-

lemlos verfügbar sind. Wenige andere historische Themen kennzeichnen ein derart schroffes Nebeneinander von eklatanter Wichtigkeit und stillem Vergessen, jedenfalls dann, wenn man einer Ressource die Herkunftsgeschichte nicht sofort ansah. Die Gleichgültigkeit, mit der wir heute Erdöl aus Ländern mit brutalen Diktaturen konsumieren, ist lediglich das jüngste Kapitel.

Was ist neu?

Die Globalisierungsrhetorik der Gegenwart suggeriert, dass die weltweite Vernetzung von Konsument(inn)en und Produktionsstätten ein neuartiges Phänomen ist. Tatsächlich hat sich aber lediglich die Geschwindigkeit der Interaktionen erhöht. Schon die Karawanen auf der Seidenstraße oder die altägyptischen Expeditionen nach Punt zeigen, dass der Ferntransport von Ressourcen eng mit der Kulturgeschichte der Menschheit verknüpft ist. Gewiss verbarg sich dahinter in erster Linie die banale Tatsache, dass Bodenschätze und klimatische Gunstregionen höchst ungleich über den Globus verteilt sind. Gleichzeitig aber hatte die Distanz den Vorzug, dass sich die Produktion dem Blick der Konsument(inn)en entzog. Die Engländer(innen) des 18. Jahrhunderts, die ihren Tee mit Zucker süßten, dachten wohl kaum an den Horror der Sklavenwirtschaft auf den karibischen Zuckerrohrplantagen. Das immerhin hat sich seither geändert: Die Bürger(innen) des Westens können die Ungleichheiten, die im globalen Zeitalter mit der Ressourcennutzung zusammenhängen, sehen.

Neu sind in jedem Fall die Dimensionen, die der globale Rohstofftransfer angenommen hat. Der Ressourcen hunger der Industriemoderne kennt in der Geschichte keine Parallele, und der Gedanke daran, dass die Menschheit derzeit innerhalb weniger Generationen einen Rohstoffvorrat verbrennt, der sich über Jahrmillionen hinweg in der Erdkruste gebildet hatte, besitzt etwas zutiefst Verstörendes. Das gilt umso mehr, seit sich mit den neuen Dimensionen des Ressourcenkonsums eine nie da gewesene Macht der Produzenten und Händler verbindet. Lang ist die Liste der Großunternehmen, die durch ihre Schlüsselstellung im globalen Rohstoffhandel zu Synonymen für Korruption und Kartellbildung wurden und das hässliche Gesicht des globalen Kapitalismus prägen: von den Ostindischen Kompanien der Niederländer und Engländer über Rockefellers Ölimperium bis hin zu Halliburton und Enron. Manche Unternehmen versuchten gar nicht erst, den Anschein eines ehrenwerten Geschäfts zu erwecken. Calouste Gulbenkian, einer der Pioniere der Ölindustrie, prägte das Sprichwort "Ölfreundschaften sind schmierig."

Neu ist auch die Abhängigkeit von einem einzigen Rohstoff: Ohne Benzin steht der Autoverkehr und ohne Erdgas frieren die Europäer(innen). Im 19. Jahrhundert waren die Menschen noch flexibler. Wenn es keine Kohle für den Küchenofen gab, griffen sie eben auf Holz oder Torf zurück. In manchen frühindustriellen Fabriken blieb das Wasserrad als Kraftreserve neben der Dampfmaschine erhalten.

Letztere benutzte man nur zeitweilig. Das hatte auch mit einem anderen Arbeitsrhythmus zu tun: Der gelegentliche Produktionsstillstand entsprach unter frühmodernen Bedingungen noch nicht jener Horrorvorstellung des Industrialismus. Die Geschichte der modernen Ressourcennutzung ist eine Geschichte der Ungeduld und es verwundert nicht, dass dazu die fieberhafte Suche nach Ersatzstoffen gehört. Und auch das ist keine erbauliche Geschichte.

Hoher Aufwand für zweitklassige Produkte

Zu Risiken und Nebenwirkungen der Ersatzstoffe fragen Sie den Historiker Ihres Vertrauens. Da macht der aber große Augen! Deutsche Historiker(innen) denken gleich an die finstere Zeit des Nationalsozialismus, in der eine einfache Logik galt: durch Ersatzstoffe zur Autarkie, durch Autarkie zum Sieg im bevorstehenden Krieg. Bekanntlich klappte weder das eine noch das andere, aber bevor man zu dieser Erkenntnis gelangte, waren viel Geld und intellektuelle Energie in die Produktion von Ersatzstoffen geflossen. Am bekanntesten ist wohl der berühmte Benzinvertrag zwischen dem Chemieunternehmen IG Farben und der jungen NS-Regierung: Die staatlichen Preisgarantien für die synthetische Treibstoffherstellung ermöglichten den Aufbau riesiger Anlagen zur Kohleverflüssigung, ohne dass man sich über das Verhältnis von Aufwand und Ertrag sonderlich Gedanken machen musste. Als nach dem Krieg wieder ein Weltmarkt entstand, interessierte sich lediglich Südafrika nennenswert für dieses Verfahren, weil sich der Apartheidstaat von Erdöllieferungen unabhängig machen wollte. Die Reichswerke Hermann Göring schafften es mit großem Aufwand, minderwertige Erze zu Stahl zu verarbeiten, den man aus Importerzen weitaus günstiger hätte produzieren können. Diese spektakulären Projekte waren nur die extremsten Auswüchse einer Ersatzstoffwirtschaft, die als deutscher Sonderweg in die Wissenschafts- und Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts einging. Am Ende aller Mühen stand, so der Technikhistoriker Ulrich Wengenroth, "die überdurchschnittlich entwickelte Fähigkeit, aus ungeeigneten Ressourcen mit hohem Aufwand Zweitklassiges herzustellen." (1)

Es drängt sich eine simple historische Einsicht auf: Wo Ersatzstoffe boomen, ist etwas faul. Bestenfalls steckt dahinter eine marode Wirtschaft und schlimmstenfalls ein kriegslüsterndes Regime. Das ist freilich nur der eine Teil der Geschichte, denn Ersatzstoffe machen auch Lust aufs Original. Margarine etwa war seit dem späten 19. Jahrhundert die billige Alternative zur Butter. Als jedoch materieller Wohlstand im Nachkriegsdeutschland zum Massenphänomen wurde, setzte langsam ihr Niedergang ein. Auch der Ersatzkaffee fungierte als Brücke auf dem Weg zum Schlaffenland der Konsumgesellschaft. Als die Weltmarktpreise für Rohkaffee in den 1970er-Jahren explodierten, setzte die SED-Führung der DDR

auf eine Mixtur aus Kaffee und Ersatzstoffen, die so schrecklich schmeckte, dass es Protest hagelte. Daraufhin erhöhten die Machthaber - aller notorischen Devisenknappheit zum Trotz - ängstlich die Importquoten wieder.

Erst die Lösung, dann das Problem

Gewiss mag man einwenden, dass solche Entwicklungen mit den Unwägbarkeiten des menschlichen Geschmacks zusammenhängen. Aber auch Gesellschaften an sich können durch militärische Sondersituationen gewissermaßen auf den Ressourcengeschmack kommen. Aluminium etwa brachte mit seinem geringen spezifischen Gewicht anfangs militärische Vorteile und so boomte die Aluminiumproduktion vor allem in den Weltkriegen. Die Vereinigten Aluminium-Werke, lange Zeit der wichtigste deutsche Aluminiumproduzent, wurden 1917 auf Veranlassung und unter Beteiligung des Deutschen Reiches gegründet. Am Ende des Ersten Weltkrieges begann eine fieberhafte Suche nach neuen Verwendungsmöglichkeiten für die aufgeblähten Kapazitäten. Wie erfolgreich die Suche war, zeigt sich darin, dass die Produktion nach einem kurzen Einbruch in den zwanziger Jahren stetig anstieg. Aluminium war die Lösung auf der Suche nach einem passenden Problem.

Eine Ausnahme? Keineswegs. Ganz ähnlich lief die Entwicklung der Haber-Bosch-Synthese ab, die es ermöglichte, atmosphärischen Stickstoff in Ammoniak zu verwandeln. Sie sicherte dem Deutschen Reich im Ersten Weltkrieg den Sprengstoffnachschub und auch hier gab es nach Kriegsende enorme Überkapazitäten. Aber war Stickstoff nicht auch ein idealer Pflanzendünger, quasi die Patentlösung für die nach Jahren der Kriegswirtschaft ausgelaugten deutschen Felder? Was theoretisch prima klang, versauerte praktisch die Böden und minderte die Erträge erheblich, weil es eben nicht damit getan war, den Dünger einfach in großen Mengen aufs Feld zu streuen - man musste ihn auch dosieren und zeitgerecht ausbringen können. Offenbar verleiten Ressourcen, wo sie ohne großen Aufwand verfügbar sind, zu einer Umkehr der gewohnten Marktbeziehungen: Das Überangebot schafft auch dort eine Nachfrage, wo nüchtern betrachtet gar kein Bedarf erkennbar ist.

Die Geschichte der Rohstoffgewinnung und der Ersatzstoffe birgt zahlreiche Schattenseiten und beim Recycling ist es ähnlich. Es kommt einer Ironie der Geschichte gleich, dass Recycling am Ende des 20. Jahrhunderts tatsächlich hip geworden ist und alle Bundesbürger(innen) ihr gutes Ökogewissen durch das brave Füllen eines gelben Sackes dokumentieren konnten. Traditionell trieben eher Not und Zwang die Menschen dazu, Ressourcen wiederzuverwerten. Die beiden Weltkriege etwa waren - so böse es klingen mag - eine große Zeit der Kreislaufwirtschaft. 1937 setzte Hermann Göring einen Reichskommissar für Altmaterialverwertung ein und die NS-Propaganda träumte von "Millionen im Müll". Dass es bei den Alliierten ähnlich war, tröstet nur wenig.

Das Geschäft mit dem Abfall wurde zum Gegenbild der großen Energiekonzerne: kleinbetrieblich strukturiert, oft an abgelegenen Orten angesiedelt und durchaus ein wenig unheimlich. Gern nutzte man die Entsorgungsdienste fliegender Händler; aber man war doch froh, wenn sie wieder aus dem Haus waren. Es waren vor allem Menschen am Rande der Gesellschaft, die sich auf diesen Wirtschaftszweig stürzten, und diese prekäre soziale Stellung verband sich mit dem Schmutz der Altstoffwirtschaft und den Gerüchten über Mogleien beim Wiegen zu einem üblen Ruf, der aber nur selten zu genauerem Hinschauen animierte; eher behielt man dunkle Ahnungen für sich und schaute angestrengt in eine andere Richtung. Als kürzlich bei der Abwrackprämie über Betrügereien gemunkelt wurde, war das eigentlich nur die neueste Auflage eines uralten Topos.

Verzicht ist ein Fremdwort

In der Jahrtausende währenden Geschichte der Ressourcennutzung ist eine Menge passiert, aber eines ist kaum vorgekommen: der freiwillige Verzicht. Nur wo der Ressourcen- und Rohstoffverbrauch religiöse und ethische Belange tangiert, halten sich die Konsument(inn)en zurück: Juden und Moslems etwa verzichten auf Schweinefleisch, Hindus auf Rind und Vegetarier lassen aus einer Vielzahl von Gründen auch die übrigen Nutztiere in Ruhe. Gewiss kam es in den letzten Jahrhunderten vor, dass der Nutzen eines Rohstoffs zunächst unerkannt blieb. Der Verkauf von Rohöl als Arzneimittel im 19. Jahrhundert ist dafür eines der prägnanten Beispiele. Aber wurde eine Ressource einmal als solche erkannt, gab es meist keine Hemmungen mehr. Über die Intensität der Nutzung konnte man reden und über die Effizienz erst recht, aber kaum über den freiwilligen Verzicht.

Wenn es um Rohstoffe ging, erwies sich der Homo oeconomicus immer wieder als ziemlich gewissenloses Wesen. Der moderne Mensch denkt über Ressourcen nicht großartig nach, er nutzt sie einfach. Und wenn er das nicht mehr kann, verfällt er leicht in Panik. Wie rücksichtslos der Mensch sein kann, wenn Rohstoffe plötzlich fehlen, zeigt der Versuch der Japaner, während des Zweiten Weltkriegs aus Kiefernurzeln Flugbenzin zu gewinnen. Jahrhundertlang war Japan eines der weltweit führenden Länder im Schutz und in der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes. Aber das zählte plötzlich nichts mehr, als der japanischen Kriegsmaschinerie der Treibstoff auszugehen drohte. In großen Kampagnen wurden Kinder in die Berge geschickt, um dort die ersehnten Kiefernurzeln auszubuddeln. Dabei hätte man den Wahnsinn des Projekts schon durch eine überschlägige Rechnung erkennen können: Um die geplante Tagesproduktion von 12.000 Barrel Kiefernurzelöl zu erzielen, hätten mehr als eine Million Menschen Tag für Tag nach den Wurzeln graben müssen. Dennoch stürzten sich die Japaner(innen) mit dem Elan der Verzweif-

ten in die Sammlung, ungeachtet der Tatsache, dass sie dabei zahllose Bergwälder zerstören mussten. Bis Juni 1945 gelang es, monatlich 70.000 Barrel Kiefernwurzelöl zu produzieren, aber das Öl in Flugbenzin zu verwandeln war schwieriger als erwartet. Am Ende hatten die Japaner eine spektakuläre Fläche entwaldet, aber nur ganze 3.000 Barrel Flugbenzin von ungewisser Qualität produziert. Es gibt keinen Beleg, dass je eine Maschine mit diesem Treibstoff geflogen ist.

Ein finsternes Finale? Gewiss. Aber wer schöne Geschichten hören möchte, sollte sich nicht gerade mit Rohstoffen und Ressourcen beschäftigen.

Anmerkung

(1) Wengenroth, Ulrich (2002): Die Flucht in den Käfig. Wissenschafts- und Innovationskultur in Deutschland 1900-1960. In: Vom Bruch, Rüdiger/Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart, S. 52-59.

Zum Autor

Frank Uekötter, geb. 1970, studierte Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften. Seit 2006 arbeitet er als Dilthey-Fellow am Forschungsinstitut des Deutschen Museums. Er ist stellvertretender Direktor des in Gründung befindlichen Rachel Carson Center für Umwelt und Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Kontakt

PD Dr. Frank Uekötter
Forschungsinstitut des Deutschen Museums
Museumsinsel 1, D-80538 München
Fon ++49 (0)89 / 2179-532, Fax -239
E-Mail f.uekoetter@deutsches-museum.de

politische ökologie 115/116 - 2009
Ressourcen. Kampf um knappe Schätze.
Mit Beiträgen von M. Müller, F. Uekötter, S. Müller-Kraenner, S. Bringezu, K. Kristof u.v.m.
88 S., 19,90 Euro/31,80 sFr.
ISBN 978-3-86581-176-9

Inhaltsverzeichnis (PDF-Datei)
http://www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/poe_inhaltsverzeichnisse/A_4_5_Inhalt_6_6_low.pdf

Preis (Doppelheft): 19,90 EUR (31.80 CHF)
<http://www.oekom.de/zeitschriften/politische-oekologie/archiv/politische-oekologie-archiv/heft/407.html>

oekom verlag
Waltherstraße 29

80337 München
Fon +49/(0)89/54 41 84 0
Fax +49/(0)89/54 41 84 49
E-Mail kontakt@oekom.de



Sie sehen: unseren Rundbrief gibt es sogar im Sonderangebot. Extra filetiert ;-)
(gefunden in Jena im Tegut)

4. Biosphärenreservat Südharz: Thüringen hat Entwicklung verschlafen

Presse-Info FREUNDE DER ERDE

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - Landesverband Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt Tel: 0361-55503-10, Fax: 0361-55503-19, EMail: bund.thueringen@bund.net

Erfurt, 16.01.2009

Zum 10. Jahrestag der gemeinsamen Erklärung zur Gipskarstlandschaft Südharz der Bundesländer Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zieht der BUND Thüringen eine negative Bilanz für Thüringen. Während die Landesregierung von Sachsen-Anhalt gerade die Einrichtung eines Biosphärenreservates nach UNESCO-Kriterien entschieden hat, steht das Thema in Thüringen nicht mehr auf der Tagesordnung. „Thüringen hat die Entwicklung verschleppt und schließlich verschlafen“, erklärte Dr. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen. „Von den vollmundigen Ankündigungen vor 10 Jahren ist heute nichts mehr übrig“.

In Sachsen-Anhalt sei die Entwicklung des Biosphärenreservates konsequent voran getrieben worden. Thüringen beherberge zwar das Zentrum der Gipskarstlandschaft Südharz, stehe aber nach 10 Jahren Untätigkeit mit leeren Händen im Abseits.

Nach Angaben des BUND Thüringen befinden sich die größten schutzwürdigen Lebensräume der Gipskarstlandschaft Südharz in Thüringen. Wegen klimatischer und geologischer Besonderheiten sei dieser Naturraum weltweit einmalig. Schwerpunktgebiete seien die naturnahen Kalk-

buchenwälder auf Gips im Kyffhäuser und nördlich von Nordhausen, sowie die Kalkmagerrasen auf Gips, wie sie im Herz der Gipskarstlandschaft Südharz, der Rüdigsdorfer Schweiz zu finden seien. Zahlreichen gefährdeten Tier- und Pflanzenarten bietet der Gipskarst Lebensraum und Rückzugsmöglichkeiten. Für die vom Aussterben bedrohte Mopsflendermaus liege das bedeutendste Überwinterungsquartier Deutschlands im Thüringer Südharz. Wildkatze, Feuersalamander oder zahlreiche Orchideenarten fänden hier Rückzugsräume.

Vogel kritisierte, dass die Thüringer Landesregierung in den vergangenen 10 Jahren zu einseitig die Interessen der Gipsindustrie befördert habe. Obwohl die genehmigten Abbauflächen den Gipsbedarf der Industrie für mehr als ein halbes Jahrhundert sicherten, würden weitere Neuaufschlüsse von Steinbrüchen ins Auge gefasst. Anders als Sachsen-Anhalt habe Thüringen versäumt, einen aktiven Dialog zur Einrichtung des Biosphärenreservates zu führen und dadurch den Raubbau an der Landschaft endgültig zu stoppen.

„Die Landesregierung muss sich jetzt zu einem Biosphärenreservat Südharz bekennen, soll die Region nicht zum Rohstofflager der deutschen Gipsindustrie verkommen“, forderte Vogel.

Für Rückfragen:

Dr. Burkhard Vogel, Tel. 0170 73 19 5 93

5. Königstein: Gebirge bremst Bergbausanierer

Geologische Bedingungen erschweren Bohrlöcher

Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten

04.07.2009

Königstein: Von BERND LICHTENBERGER

Die Sanierung an den Wismut-Standorten Königstein und Freital kommt nicht so schnell voran, wie ursprünglich geplant. Das hat das Sanierungsunternehmen schon im vergangenen Jahr eingeräumt. Die Kontrollschächte des einstigen Uranbergwerkes in Königstein sollten bereits 2008 geflutet sein. Doch vorläufig werden sie noch gebraucht, hatte Wismut-Niederlassungsleiter Steffen Kurz vor einem Jahr erklärt. Jetzt meldet das Unternehmen, dass es auch Schwierigkeiten beim Vortrieb von zwei für die Flutung notwendigen Bohrlöchern gibt. Ähnliche Probleme erschweren den Vortrieb am Freitaler Stollen.

„An manchen Stellen ist der Felsen fester als erwartet, an anderen Stellen muss er mit Stahlankern und Beton stabilisiert werden“, erläutert Steffen Kurz, was in einer Wismut-Bilanz für 2008 als „Verzögerung durch geologische Bedingungen“ erwähnt wird. Kurz bezieht sich dabei in erster Linie auf die Erwartungen der mit dem Vortrieb beauftragten Firma, denn seitens der Wismut sei in den Ausschreibungsunterlagen „alles gut beschrieben“ gewesen.

Schließlich kennen sich die Sanierer in ihrem Gebirge bestens aus. Aber ihnen fehlt die Technik, um die rund 270 Meter tiefen und zwischen 130 und 60 Zentimeter großen Löcher selbst zu bohren. Die Bohrfirma, die den Zuschlag erhielt, hat den Mehraufwand nicht einkalkuliert. Welche finanziellen und zeitlichen Konsequenzen das hat, sei noch nicht abzusehen, sagt Kurz gegenüber den DNN. Im Moment

werde das weitere Vorgehen erst einmal völlig überplant.

„Wir wollen zügig fertig werden“, versichert der Niederlassungsleiter. Entsprechend konsequent werde auch das Personal abgebaut. Gegenwärtig arbeiten insgesamt noch knapp 300 Mitarbeiter am Standort. Vor einem Jahr waren es noch 320. 2010 sollen es, so der Plan, nur noch 247 sein. Absicht der Wismut ist es, die Grube in Königstein bis 2015 komplett geflutet zu haben.

Damit ist die Sanierung jedoch noch nicht abgeschlossen, da das Wasser aus der Grube bis dahin immer noch uranhaltig sein wird. „Nach unseren Prognosen gehen wir davon aus, dass wir das Wasser aus der Grube noch bis 2026 oder 2027 reinigen müssen, bevor es in Trinkwasserqualität bei Thürmsdorf in die Elbe fließen kann“, erklärte Wismut-Geschäftsführer Stefan Mann bei einem Besuch des Umweltministers Roland Wöllner (CDU) vor einem Jahr.

In Freital wird seit 2007 an einem drei Kilometer langen Tunnel gebaut, der das Wasser in bis zu hundert Metern Tiefe von den Grubenfeldern in Gittersee und Heideschanze in den Elbstollen leiten soll. So will die Wismut den alten Grundwasserspiegel rechts der Weißeritz wiederherstellen. Nur hatte das Porphyrgestein nicht überall die notwendige Festigkeit. Die Spezialisten stießen auch auf Tonschichten. Dort braucht der Tunnel eine Betonwandung. Ursprünglich waren für diesen Bau drei Jahre und Kosten von rund 15 Millionen Euro geplant.

6. Kiesbedarf und -Preise in Sachsen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Lichdi, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Drs.-Nr.: 4/11126

Sehr geehrter Herr Präsident, den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

"Kies und Sand stellen wichtige Massenrohstoffe für die Bauindustrie dar. Aufgrund des geringen Preises und der hohen Sensitivität bezüglich der Transportkosten wird Kies meist regional gehandelt."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Welcher Trend zur Deckung des Kiesbedarfs durch die sächsische Kiesproduktion zeichnete sich in den vergangenen Jahren ab?

Dazu liegen der Sächsischen Staatsregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 2: Wie entwickelten sich die Preise für sächsische Kiese und Sande in den vergangenen 10 Jahren?

Die beiliegenden Grafiken, die der Sächsischen Staatsregierung durch den Unternehmensverband Mineralische Baustoffe e.V. zur Verfügung gestellt wurden, verdeutlichen die Preisentwicklung

rür sächsische Kiese und Sande in den vergangenen 10 Jahren.

Frage 3: Wie entwickelten sich die Preise für Kiesimporte in den vergangenen 10 Jahren?

Dazu liegen der Sächsischen Staatsregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 4:

Woher stammen die nach Sachsen importierten Kiese?

Die nach Sachsen importierten Kiese stammen aus den grenznahen Gebieten Polens und Tschechiens.

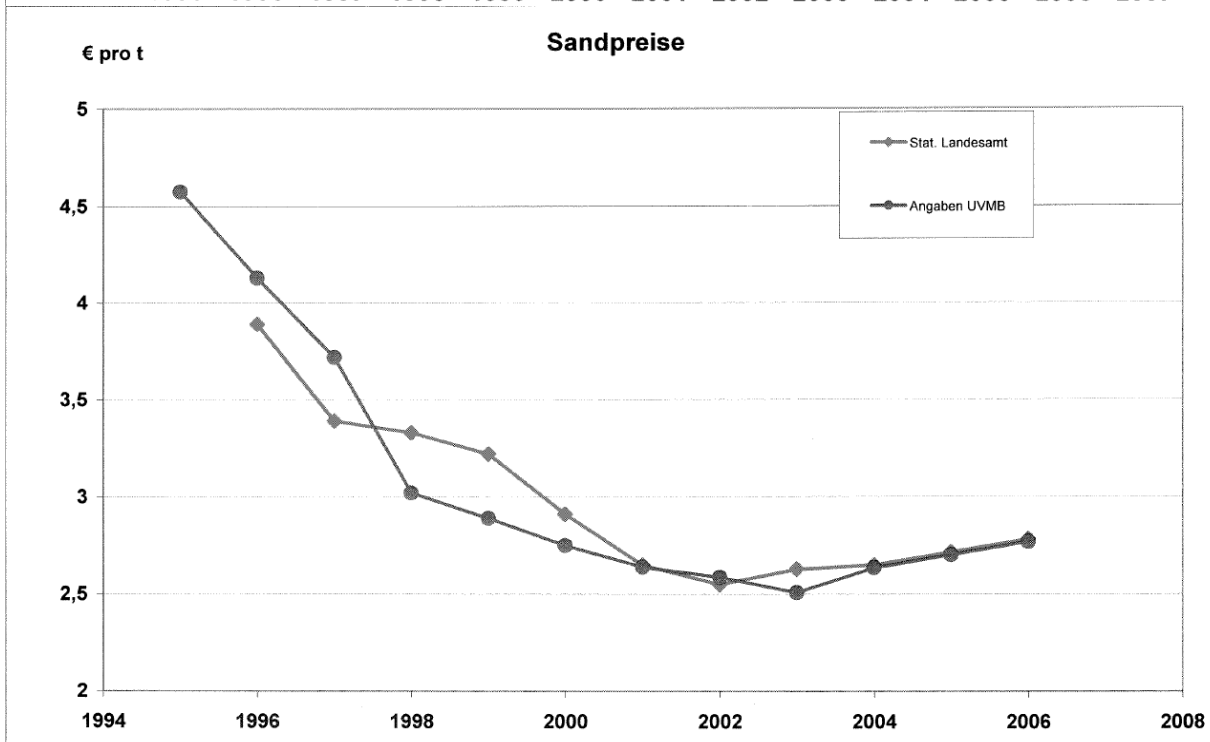
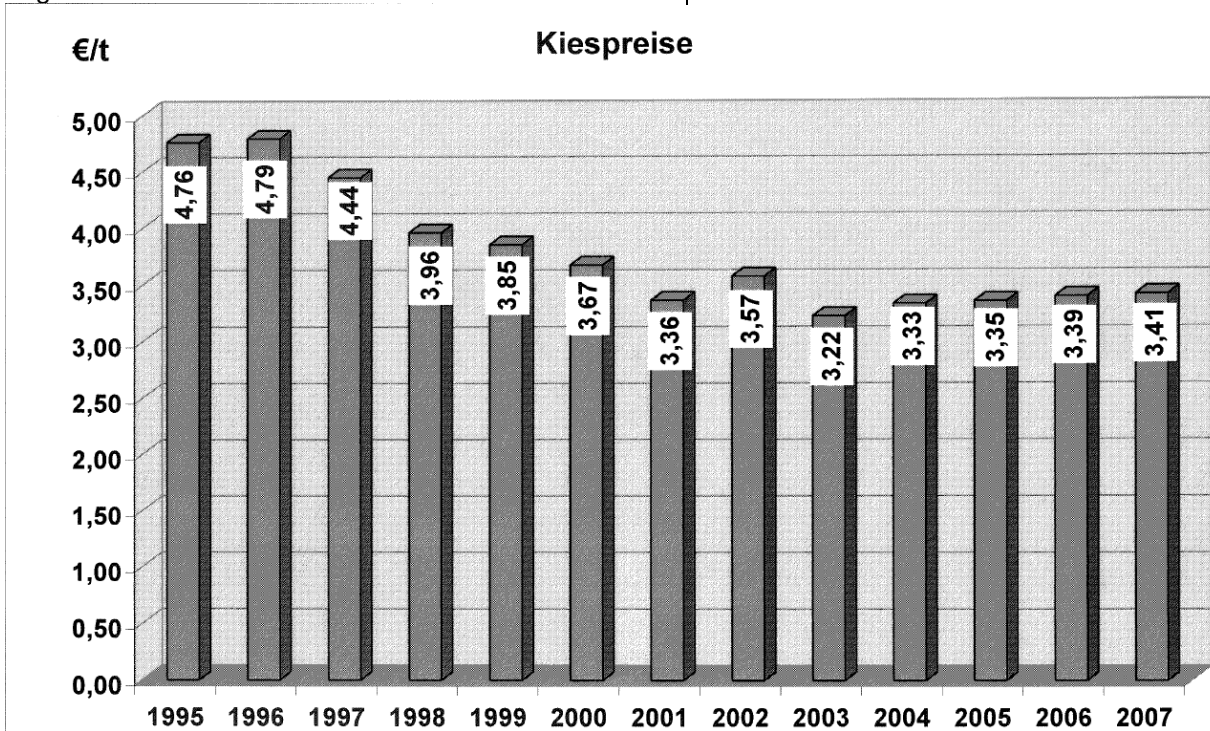
Frage 5: Für welchen Verwendungszweck ist der Kies bzw. Sand des Vorhabens "Kiessand Pirnaer Elbebogen" bestimmt?

Die im Bereich der Kiessandtagebaue "Pirnaer Elbebogen" vorkommenden Kiese und Sande sind

nur gering verunreinigt und haben einen hohen Kiesanteil. Auf Grund dieser günstigen Eigenschaften sind sie zur Herstellung schwerer Betonzuschlagstoffe bestens geeignet. Die Farbe des Rohkieses lässt eine Nutzung gröberer Fraktionen als "Dekor Kies" zu.

Feste Großabnehmer sind als Abnehmer für das Vorhaben nicht benannt. Durch die unmittelbare Nähe zur Stadt Dresden, Stadt Pima und dem dazugehörigen Umland ist die Versorgung des regionalen Baustoffmarktes mit den gewonnenen Rohstoffen auf "kurzem Wege" möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Jurk



7. Tonabbau Colm: „Ich bin keine Rohstoff-Heuschrecke“

Leipziger Volkszeitung 04.07.2009

In Holzhausen will ein Investor am Colm wieder Ton abbauen

Leonhard Kasek: wenn Sie diese Grenzwerte nicht einhalten können, dann packen Sie ihre Schecke und verschwinden.

Einem Unternehmer aus Bayern schlägt in Holzhausen breite Ablehnung entgegen. Der Mann will dort bis in elf Meter Tiefe Ton abbauen. Dabei könnten sich die Grundwasserströme verändern und stark belastete Sickerwässer aus der ehemaligen Schadstoffdeponie am Colmberg ins Grundwasser dringen, fürchten Anwohner.

In Holzhausen hat sich inzwischen eine „Bürgerinitiative gegen den geplanten Tonabbau“ gebildet. Ihre Mitglieder organisierten in der Grundschule eine Bürgerveranstaltung und ermöglichten dabei zahlreichen Betroffenen, Fragen an den Investor und seine Planer zu richten.

Der Investor ließ dabei nichts unversucht, um den Bewohnern der umliegenden Ortschaften ihre Ängste zu nehmen: Er zeigte Pläne, in denen die Abbautechnologie detailliert erklärt wurde - aber die Wohnhäuser ringsum fehlten, obwohl sie teilweise unmittelbar an die Abbauflächen grenzen. Der Abbaulärm werde die zulässigen Grenzwerte nicht überschreiten, hieß es. Die vor allem im Sommer befürchtete Luftverschmutzung werde im Rahmen bleiben und auch der Pöschgraben nicht überfließen, wenn dort abgepumptes Grundwasser eingeleitet wird, hieß es. „Ich bin keine Rohstoff-Heuschrecke“, versicherte der Bayer Claus Girnghuber, der bereits einige Abbauflächen von der Treuhand erworben hat. Leonhard Kasek, Vorsitzender des NABU-Regionalverbandes Leipzig, hatte die für den Abbau eingereichten Pläne bereits studiert. Bei der Lärmberechnung habe der Investor für seine Berechnungen „nur mittlere Werte“ verwandt, sagte er und forderte den Ton-Unternehmer auf, den Anwohnern die Einhaltung der Grenzwerte zu garantieren. „Und wenn Sie die nicht einhalten können, dann packen Sie ihre Schecke und verschwinden“, erklärte Kasek unter dem Beifall vieler Zuhörer. Doch eine Garantie gab der Investor nicht.

Leonhard Kasek: In unserem Gebiet hat in den letzten zehn Jahren keine Prognose zu Grundwasseränderungen gestimmt.

Auf die Nachfrage, ob die relativ schmale Seifertshainer Straße für die den Ton abtransportierenden Laster ausgebaut wird, gab es ebenfalls eine Überraschung. Dies sei nicht notwendig, erklärten die Planer des Investors. Nachfragen im Leipziger Verkehrs- und Tiefbauamt hätten ergeben, dass dort sogar täglich bis zu 20 Ton-Laster verkehren könnten, ohne die Straße auszubauen. Die Planer erklärten auch, dass der Ton in Holzhausen bis in elf Meter Tiefe abgebaut werden soll und dafür Eingriffe in wasserführende Schich-

ten nötig sind. Die Rede war von zwölf Tiefbrunnen, die angelegt werden müssen. Mehrere Hausbesitzer warfen dem Investor deshalb vor, die Standsicherheit ihrer Häuser zu gefährden. „Bei uns gibt es jede Menge Fließsand“, hieß es. „Unsere Mauern werden reißen.“

Die Planer sagten, dass dies ausgeschlossen sei, weil sie nur so genannte Liegendgrundwasserleiter anzapfen, die besonders tief liegen - räumten aber gleichzeitig ein, dass dies den Grundwasserspiegel „um rund vier Meter“ absenken werde. Wer einen flachen Brunnen besitze, müsse damit rechnen, dass dieser trocken falle. Da alle Haushalte ans öffentliche Trinkwassernetz angeschlossen seien, könne niemand Anspruch auf Brunnenwasser erheben.

Die Veranstaltung drohte zu eskalieren, als Geologen aus dem Publikum die Planer darauf aufmerksam machten, dass aus der ehemaligen Schadstoffdeponie am Colmberg gefährliche Sickerwässer austreten und diese durch den Tagebau ins Grundwasser gelangen könnten.

Die Angesprochenen erwiderten zunächst, es gebe keine Sickerwässer, sprachen dann aber von Untersuchungen, nach denen diese Sickerwässer „nicht in Richtung des Tonabbaus“ fließen würden. „Nach unseren Berechnungen könnte dieses Sickerwasser frühestens in 80 Jahren dort ankommen“, erklärten sie - und ernteten damit einen Entrüstungssturm. „Was machen Sie, wenn hier Vergiftungserscheinungen auftreten?“, wollte ein Zuhörer wissen. „Dieses Risiko besteht doch jetzt schon“, erhielt er zur Antwort.

Kasek nannte das Agieren der Planer mit fiktiven Zahlen „völlig unfair“. „In unserem Gebiet hat in den letzten zehn Jahren keine Prognose zu Grundwasseränderungen gestimmt“, erkläre er mit Blick auf die Flutung von Tagebauen.

Ein Mitglied der Bürgerinitiative sagte, dass die Entscheidung über den Tonabbau vom sächsischen Oberbergamt in Freiberg getroffen wird. Die Behörde werde noch bis Ende Juli 09 alle Unterlagen öffentlich auslegen und anschließend einen Erörterungstermin anberaumen. Andreas Tappert

DAS IST GEPLANT

Der Tonabbau soll sich insgesamt über eine Räche von 17 Hektar erstrecken, die sich am Holzhausener Colm beidseitig der Seifertshainer Straße befindet. Vorgesehen sei, maximal vier bis fünf Hektar zeitgleich zu erschließen und dann 30 Jahre lang in mehreren Abbauabschnitten auf der Fläche zu wandern, erklärte der Investor. Er will die beantragte jährliche Abbau-Menge von 50 000 Tonnen Ton in nur 31 Tagen abbaggert lassen, diese dann neben dem Tagebau auf Halde lagern und anschließend „an 220 Arbeitstagen im Jahr“ nach Thüringen abfahren lassen, wo sie verarbeitet wird. Dazu würden täglich neun Laster über die Seifertshainer Straße entweder in Richtung Autobahn 14 beziehungsweise Autobahn 38 düsen, heißt es.

Sobald die ersten Abbau-Abschnitte geschafft sind, soll mit ihrer Rekultivierung begonnen werden - voraussichtlich acht Jahre nach Abbau-Start. Die entstehenden Gruben würden nicht verfüllt, sondern zu fünf kleinen Seen mit einer Gesamtwasserfläche von zehn Hektar gestaltet, heißt es.

A. T.

8. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Gesteinsabbau in Sachsen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Elke Herrmann, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 4/10878, Aktenzeichen: 43-0141.50
18.2.2009

Sehr geehrter Herr Präsident,
namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Eine vollständige Ermittlung bzw. Erhebung der einzelnen Daten ist wegen der Vielzahl der existierenden Einzelakten in der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Aufwand nicht realisierbar.

Die sächsische Bergverwaltung hat im genannten Zeitraum nach überschlägiger Prüfung 900 Entscheidungen für Festgesteinstagbaue getroffen, in denen auch zum naturschutzfachlichen Ausgleich Festlegungen enthalten sein können. Zur Beantwortung der Fragen wäre jede einzelne Entscheidung der zuständigen Bergbehörde mit intensiver Auswertung der Akten zu prüfen. Die Prüfung würde die gesamte Bearbeitungskapazität in der Betriebsaufsicht im Steine- und Erden-Bereich des Sächsischen Oberbergamtes über mehrere Wochen binden.

Frage 1: Welche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden von 1993 - 2007 im Freistaat Sachsen für Eingriffe, die durch den Gesteinsabbau verursacht wurden, festgesetzt (Bitte um maßnahmebezogene Auflistung, getrennt nach Jahren)?

Die Art der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für bergbauliche Eingriffe ist sehr vielfältig.

Bei einem Teil der Vorhaben entsteht der geforderte Ausgleich bereits dadurch, dass nach dem bergbaulichen Eingriff naturschutzfachlich sehr hochwertige Flächen verbleiben. Auch bilden sich auflässige Steinbruchrestlöcher in der Regel in wenigen Jahren nach der Abbaueinstellung als hochwertig einzustufende Biotope heraus. Beispiele dafür sind in ganz Sachsen zu finden.

Zumeist fordert jedoch das Sächsische Oberbergamt wegen der langen Dauer bergbaulicher Eingriffe und der teilweise Inanspruchnahme von Flächen mit einer hohen naturschutzfachliche Einstufung Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die die Bergbauunternehmen bereits im Gewinnungszeitraum zu realisieren haben. Vorhabenträger führen dann außerhalb der Eingriffsflächen Maßnahmen zur Verbesserung vorhandener Biotope, zur Schaffung von neuen bzw. Ausweichbiotopen sowie Maßnahmen zur Entsiegelung von Flächen bzw. zur anderweitigen Landschaftspflege durch. Diese Maßnahmen ermöglichen zunächst einen zeitnahen Ausgleich. Der abschließende Ausgleich der einzelnen Eingriffe ist in der Regel aber erst nach dem Abschluss der Vorhaben möglich.

Das Oberbergamt hat im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes für jeden im Zeitraum 1993 bis 2007 genehmigten Aufschluss bzw. für jede genehmigte Erweiterung von Festgesteinstagebauen Eingriffs- und Ausgleichsregelungen getroffen. Diese entsprechen den Forderungen des Sächsischen Naturschutzgesetzes. Die Regelungen erfolgen nicht in gesonderten Verfahren, sondern werden von der bergrechtlichen Genehmigung umfasst. Das Oberbergamt hat zweckdienlich von Fall zu Fall entschieden, ob für ein bestimmtes Vorhaben außerdem ein gesonderter Landschaftspflegerischer Begleitplan aufgestellt wird oder die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen unmittelbar in den Betriebsplan zu integrieren sind. Bei allen bergrechtlichen Genehmigungsverfahren hat das Oberbergamt die Naturschutzbehörden beteiligt.

Frage 2: Wer kontrollierte wann die Effizienz der Umsetzung der in Frage 1 genannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Bitte um maßnahmebezogene Auflistung der Kontrollergebnisse)?

Die effiziente Umsetzung der festgelegten Ausgleichsmaßnahmen kontrolliert das Sächsische Oberbergamt. Bei komplexen naturschutzfachlichen Belangen bindet es dazu die unteren Naturschutzbehörden ein. Die Kontrollen verbindet das Oberbergamt mit der allgemeinen Betriebsaufsicht. Eine gesonderte Erfassung der Kontrollen zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgt dabei nicht. Insofern ist im Rahmen dieser Kleinen Anfrage auch keine gesonderte Auswertung möglich. Die vollständige maßnahmebezogene Auflistung der Kontrollergebnisse für den genannten Zeitraum würde ebenfalls die gesamte Bearbeitungskapazität in der Betriebsaufsicht im Steine und Erden-Bereich des Oberbergamtes über mehrere Wochen binden.

Frage 3: Wo wurden Umsetzungsdefizite festgestellt (Bitte um Auflistung der und Nennung der Aktivitäten zur Behebung der Umsetzungsdefizite)?

Das Sächsische Oberbergamt hat im genannten Zeitraum Umsetzungsdefizite bei diversen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgestellt. Eine konkrete Auflistung der Defizite ist aus den bereits genannten Gründen im Rahmen dieser Kleinen Anfrage nicht möglich.

Das Oberbergamt fordert Bergbauunternehmen bei Umsetzungsdefiziten zeitnah zur Nacharbeit auf. Letztlich setzt das Ende der Bergaufsicht die ordnungsgemäße Wiedernutzbarmachung nach Durchführung der Arbeiten des Abschlussbetriebsplanes voraus. Spätestens hier kann die Bergbehörde im Rahmen einer Bilanz des Eingriffs zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen feststellen, ob Defizite bestehen und gegebenenfalls notwendige zusätzliche Maßnahmen festlegen.

Frage 4: Wie viele Hektar Wald wurden von 1993 - 2007 in Sachsen beseitigt (Bitte um Auflistung des Umfangs und Zuordnung zu den Maßnahmen, die die Waldbeseitigung verursachten)?

Frage 5: Wie viele Hektar Wald wurden für die in Frage 4 genannten Waldbeseitigungen neu aufgeforstet (Bitte um maßnahmegenaue Auflistung und Dokumentation der Umsetzung)?

Die anliegende Tabelle enthält die durch die Forstbehörden nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Waldgesetz erteilten Waldumwandlungsgenehmigungen. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Maßnahmen waren auch hier in der vorgegebenen Zeit nicht möglich.

Die durch das Sächsische Oberbergamt im Rahmen von bergrechtlichen Zulassungsverfahren durch Konzentrationswirkung erteilten Waldumwandlungsgenehmigungen sind im Rahmen dieser Kleinen Anfrage ebenfalls nicht mit einem vertretbaren Aufwand ermittelbar.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Jurk

Jahr	Umwandlungszweck	Waldumwandlung in ha			realisierte Aufforstungen in ha	Erläuterung zum Stand der Aufforstung"
		genehmigt		realisiert		
		dauerhaft	befristet			
1993	Lagerfläche	0,31		0,31	0,35	2
1993	Zwei-Glimmer-Monzogranit	0,95		0,95	0,95	2
1993	Gesteinsabbau	0,80		0,80	0,80	3
1993, 1999, 2002	Granulit	7,15	5,90	9,60	6,86	4, 6
1994	Quarzitgestein		3,50	3,50	0,00	6
1994	Gesteinsabbau	1,54		1,54	1,54	2
1994	Gesteinsabbau	2,16		0,95	1,87	2
1994	Gesteinsabbau	1,09		1,09	1,09	2
1995	Grauwacke		4 09	4,09	0,00	6
1995	Granit	1,48		1,48	2,12	3
1995	Diabas	1,00		0,38	0,00	5
1995	Granit	0,50		0,50	0,00	5
1995	Gesteinsabbau	0,58		0,58	0,58	2
1995	Gesteinsabbau	0,07		0,07	0,07	2
1995	Gesteinsabbau	1,85		1,85	0,00	5
1995	Gesteinsabbau	0,80		0,80	1,87	2
1996	Granit	3,20		3,20	3,08	2
1996	Gesteinsabbau	0,48		0,48	0,68	3
1996	Gesteinsabbau	0,90		0,90	1,80	2
1996	Gesteinsabbau	1,50		1,50	0,00	5
1996, 2002, 2003	Granit	8,45		8,45	7,30	4
1997	Gesteinsabbau	0,30		0,30	0,60	3
1997	Metabasit	8,96		6,60	9,30	4
1997	Gesteinsabbau	2,77		2,77	2,77	2
1997	Gesteinsabbau	4,02		3,67	3,67	2
1997	Sandstein	0,50		0,50	0,50	2
1997	Sandstein		0,13	0,13	0,00	6
1997	Abraumablagerung		2,00	0,40	0,41	3

1998	Porphyry	0,12		0,12	0,24	2
1998	Granit	0,57		0,57	1,29	2
Jahr	Umwandlungszweck	Waldumwandlung in ha			realisierte Aufforstungen in ha	Erläuterung zum Stand der Aufforstung"
		genehmigt		realisiert		
		dauerhaft	befristet			
1998	Granit	3,49		0,80	1,00	3
1998	Granit	2,07		2,07	2,70	3
1998	Granit	0,65		0,65	1,25	2
1998	Dolomit	1,44		1,44	2,88	3
1998	Glimmerfels	2,50		2,50	0,55	4
1998	Gesteinsabbau		C 50	0,50	0,07	9
1998	Gesteinsabbau	1,86		1,86	1,86	2
1999	Glimmerfels	3,70		3,70	0,00	5
1999	Gesteinsabbau	4,19		4,19	4,19	3
1999	Gesteinsabbau	0,50		0,50	0,00	5
2000	Glimmerfels	3,80		3,80	0,00	5
2000	Gesteinsabbau	1,50		1,21	1,21	3
2001	Gesteinsabbau	1,70		1,70	0,00	1
2002	Granit	2,10		2,10	1,18	1
2002	Gesteinsabbau	2,34		2,34	4,75	3
2003	Granit		0 29	0,29	0,29	7
2003	Glimmer	2,45		2,45	4,90	2
2003	Betriebseinrichtung	0,05		0,05	0,09	3
2003	Granit, Sichtschutzwall	1,26	0,30	1,06	1,22	4, 6
2003	Gesteinsabbau	2,99	3,01	1,05	1,05	3
2004	Granit	1,92		1,92	0,00	5
2006	Glimmer	1,07		0,00	0,17	1
2007	Dolomit	1,00		1,00	0,00	1
2007	Betriebseinrichtung	0,68		0,68	0,0 0	1
2007	Gesteinsabbau	1,97		1,97	1,9 7	3
2007	Gesteinsabbau	2,29	0 29	0,00	1,2 2	4
2007	Gesteinsabbau	2,24		2,24	0,5 0	1, 4
2007	Gesteinsabbau	1,00		1,00	0,0 0	1
2007	Gesteinsabbau	3,12		3,12	0,0 0	1
dauerhafte Waldumwandlung		Frist für Durchführung der Ersatzaufforstung ist noch nicht abgelaufen				
		Ersatzaufforstung erfolgt, Kultur gesichert				
		Ersatzaufforstung erfolgt, Kultur noch nicht gesichert				
		Ersatzaufforstung teilweise erfolgt				
		Ersatzaufforstung bisher nicht erfolgt				
befristete Waldumwandlung		Fläche noch nicht wiederaufforstbar, da Abbau/Verfüllung/Bodenvorbereitung noch nicht abgeschlossen ist				
		Wiederaufforstung erfolgt, Kultur gesichert				
		Wiederaufforstung erfolgt, Kultur noch nicht gesichert				
		Wiederaufforstung teilweise erfolgt				